

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

aufgrund mehrerer konkreter Vorfälle von Strafverfügungen (in der Höhe von € 100 oder 50 Stunden Freiheitsstrafe) gegen Kolporteurinnen von Straßenzeitungen, ersuchen wir Sie den strafbaren Hintergrund dieser Bescheide gegen Bettelerei für die Institutionen, Vereine und die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu erklären und um hinkünftige Strafbescheide entgegenwirken zu können. Ebenfalls bezugnehmend auf die neuen Gesetzesverordnungen gegen Bettelerei bitten wir Sie zu den folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

- A. Nach Unterredung mit Oberstleutnant Johann Golob (Referatsleiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundespolizeidirektion Wien) und Oberst Werner Hetzl (Stadtpolizeikommando Josefstadt) gibt es seitens der Polizei kein universelles Vorgehen gegen Zeitungskolporteurinnen. Aufgrund einer Vielzahl verhängter Strafverfügungen ersuchen wir die Polizei die Abgrenzung der Kolportage und der Bettelerei der Öffentlichkeit (Institutionen und Vereine, den Straßenzeitungen) klar ersichtlich (medial) darzustellen.
- B. Im Jahr 2010 ist in der EU das Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung begangen worden. Europa definiert absolute Armut global mit dem Verdienst von € 1 am Tag. Die Zeitungskolportage bewegt sich in diesem Bereich, d.h. Zeitungskolporteurinnen sind affektiv von Armut bedroht und leben im Prekariat. Die Höhe der „neuen“ Strafverfügungen von € 100 verschlimmert diese Situation massiv. Die Polizei wird gebeten diese Strafen tatbestandsmäßig zu erläutern.  
Bezugnehmend auf B.: Bitte erläutern sie auch die erbringen der Beweislast seitens der Polizei, dass im jeweiligen Fall Bettelerei vorliegt.
- C. Was kann die Polizei aktiv gegen Diskriminierung und Stigmatisierung gegen Kolporteurinnen tun?

Wir ersuchen die Polizei aufgrund der geänderten, neuen Gesetzeslage kampagnenmäßig den Institutionen ihr Vorgehen zu erklären und kooperatives Verhalten im öffentlichen Raum zu fördern, zu gewährleisten und zu verbreiten.

Unterzeichnende:

Verein Die Bunten - Medium für Würde, Gerechtigkeit und Demokratie

...